



Gruppe Grüne/FDP/Linke im Gemeinderat Sande

Sande, den 14.11.2023

Antrag der Gruppe Grüne/FDP/Linke	Nummer: 024/2023
Gremium: Bau -, Planung -, Umweltausschuss	Sitzungstermin:
Betreff Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden	Status Öffentlich

Der o.g. Ausschuss sowie die Folgegremien mögen folgendes beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Prioritätenliste für PV geeignete kommunale Liegenschaften und Gebäude der Gemeinde zu erstellen. Des Weiteren wird die Verwaltung aufgefordert, ein Planungs- und Umsetzungskonzept inklusive Analyse von Dächern auf PV- Nutzbarkeit zu erarbeiten. Entsprechend benötigte Finanzmittel sollen hierfür im Haushalt bereit gestellt werden

Begründung:

Die Energiewende ist ein gesellschaftliches Großprojekt, bei dem auch den Kommunen eine zentrale Bedeutung zukommt. Auch im Klimaschutzgesetz des Landes ist die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand festgeschrieben.

Für die Transformation hin zu einer sicheren, bezahlbaren, klimafreundlichen Energieversorgung muss die Solarenergie in den nächsten Jahren massiv ausgebaut werden. Die Stromerzeugung aus Sonnenlicht besticht seit Jahren durch eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, geringe Kosten und eine zuverlässige, sichere und ausgereifte Technik.

Auch hier in Sande werden zurzeit vor allem im privatwirtschaftlichen Bereich Solar- und Windparks gebaut und Effizienzmaßnahmen umgesetzt. Vorhandene Potenziale auf unseren eigenen kommunalen Gebäuden sind aber mit Ausnahme vom Rathausdachs bisher ungenutzt.

Bei unseren Schulen und Turnhallen sowie bei weiteren öffentlichen Liegenschaften (Bauhof/ Kläranlage) gibt es großen Dachflächen, die für PV-Anlagen geeignet sein könnten. Zudem kann man erwarten, dass z.B. in den Bildungseinrichtungen der Eigenverbrauch hoch ist, da der Strom für Licht, Computer, Mensa und co. in erster Linie tagsüber gebraucht wird.

Um für die Umsetzung für Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden Kriterien als Entscheidungsgrundlage zu haben, benötigt der Gemeinderat im Vorfeld Informationen.

Dazu soll die Verwaltung eine Analyse der kommunalen Gebäudedächer hinsichtlich ihrer Eignung für Photovoltaik erstellen.

Dabei sollten folgende Punkte eine Rolle spielen:

- a. Eignung des Gebäudes für eine Investivmaßnahme:
Größe, Alter, Sanierungsbedarf, Energieverbrauch, aktuelle Nutzung, geplante Veränderungen (z.B. DGH?)
- b. Eignung des Dachs für Photovoltaik:
Zustand, Belastbarkeit, Neigung, Ausrichtung, Verschattung, nutzbare Fläche, Elektroinstallation, Zustand, Anschlussleistung, Erweiterbarkeit, Eignung bezüglich Einspeisung zum Eigenverbrauch
- c. Rechtliche und sonstige Rahmenbedingungen:
Blitzschutz, Brandschutz, Versicherung.

Falls wir als Kommune nicht selbst investieren wollen/ können, jedoch vom PV- Strom profitieren und zudem die Wertschöpfung in der Region halten wollen, soll die Verwaltung durch weitere Folgeanträge beauftragt werden, auch Betreibermodelle oder Dachflächenvermietung zu prüfen.

.